

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: SW. 68, Cindenzstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-295. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

# Vorwärts

Berliner Volksblatt

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 9-4 Uhr.

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH. Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507.

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

## Die Unternehmer auf dem Kriegspfad.

Brauns redet sozialpolitisch.

Essen, 29. Januar. (W.F.B.) Am Vereinshaus in Hagen in Westfalen sprach vor einer von mehr als 800 Personen besuchten Konferenz der führenden Kreise des Deutschen Gewerkschaftsbundes Reichsarbeitsminister Dr. Brauns über das Thema:

Wirtschaftsstribe und Sozialpolitik.

Zunächst kennzeichnete er in großen Strichen die Lage unserer Wirtschaft und die unzerrennlichen Zusammenhänge zwischen Wirtschaft und Sozialpolitik. Auch durch eine allgemeine Wirtschaftsstribe dürfe das Prinzip der Sozialpolitik selbst und deren grundsätzliche Notwendigkeit nicht angezweifelt werden.

In der Frage der Sozialversicherung sei die Beitragspflicht angesetzt worden und eine Vereinfachung der Organisation und eine Beschränkung der Leistungen auf das notwendigste Maß erfolgt mit dem Erfolg, daß heute

das Versicherungswesen als getreift

betrachtet werden könne. Weniger befriedigend sei die gegenwärtige Lage und die Aussicht für die nächste Zeit auf dem Gebiete der Beschäftigung und der Erwerbslosenfürsorge. Am 15. Januar habe Deutschland rund 3 Millionen unterstufte Voll- und Teilzeitarbeiter mit ebenso vielen Familienangehörigen und 1 1/2 Millionen unterstufte Kurzarbeiter gehabt. Die Hälfte davon entfiel auf das besetzte Gebiet. Nachdem die rechtzeitige Einführung der Erwerbslosenversicherung an dem Widerstande dieser Beteiligter gescheitert sei, sei durch die Verordnung vom 15. Oktober 1923 Ersatz geschaffen worden. An dem Grundgedanken der Pflichtarbeit müsse festgehalten werden. Schon um Arbeitsplätze zu schaffen zu können. Sobald die Finanzen es erlauben, sollen die Unterhaltungsarbeiten heraufgehoben werden, aber nicht um den Preis einer neuen Inflationsperiode. Einer solchen sei die gegenwärtige Kaufkraft unter allen Umständen vorzuziehen. Der Minister versprach nach Kräften auf die

Steigerung des Reallohns

hinzuwirken durch weitere Senkung der Preise. Nachdem die Wirtschaft wieder größere Bewegungsfreiheit erhalten habe, müsse sie wieder zu den früheren Grundfähen zurückkehren: scharfe Realdeflation, großer Umsatz, tiefer Ruhezustand. Das sei auch das wirksamste Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Zur Arbeitsfrage bemerkte der Redner, daß sowohl die Gewerkschaften wie auch die politischen Parteien durch die Zustimmung zu der Räte vom 14. November 1922 grundsätzlich der Arbeitsleistung auch auf dem Wege der

Verlängerung der Arbeitszeit

zugestimmt hätten. Der Höhepunkt der Krise habe einen entscheidenden Schritt unvermeidlich gemacht. Um nach dem inzwischen erfolgten Ablauf der Demobilisierungsverordnung über die Arbeitszeit überhaupt wieder einen gesetzlichen Boden zu bekommen, sei die Verordnung vom 21. Dezember erlassen worden. Diese Verordnung entspreche gewiß nicht dem sozialpolitischen Ideal, sie sei aber auch

nur als Notverordnung gebildet.

Gewisse Arbeitgeberkreise bekämpfen sie, weil sie die Arbeitszeit überhaupt der staatlichen Regelung entziehen wollten; ein Teil der Arbeitnehmer bekämpfe die Verordnung aus doctrinären Gründen, ein anderer Teil als sozialpolitisch reaktionär. Man werde der Verordnung nur gerecht, wenn man bedenke, daß das Hauptgewicht der Regelung der Arbeitszeit den organisierten Arbeiterparteiern im Tarifvertrag überlassen bleibe, daß die Verordnung ferner weder die gesetzlich unregelmäßige Arbeitszeit der Vorkriegszeit anerkenne noch den wirtschaftlichen Bedürfnissen starke Schwankungen entgegenstehe.

Zu der Lohnfrage bemerkte der Minister, daß die Friedenslöhne zwar noch nicht wieder erreicht werden können, daß aber eine Besserung zu erwarten sei, sobald das Wirtschaftswesen wieder in Gang komme.

Die Aufgabe des Schlichtungswesens sieht der Minister darin, Arbeitgeber und Arbeitnehmer mehr und mehr zur wahren Arbeitsgemeinschaft und verständnisvoller Zusammenarbeit zu bringen.

In der Wohnungsfrage und in der Frage des Pachtzinses vertrat der Minister die Notwendigkeit der Beibehaltung eines gewissen sozialen Schutzes der Mieter und Pächter, aber auch die Notwendigkeit der schrittweisen Annäherung des Miets- und Pachtzinses an den Friedenszins. Zum Schluß sprach der Minister die Hoffnung aus, daß der

sechste Punkt unserer wirtschaftlichen Not überwunden sei, wenn es zu einer Enttönerung der außenpolitischen Probleme komme.

Der Unternehmer Antwort.

Wie eine Antwort auf die vorstehende Rede des Reichsarbeitsministers nimmt sich der Aufruf aus, den die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände in der heutigen Morgenausgabe des „Tag“ veröffentlicht. Dieser Aufruf beginnt folgendermaßen:

„Die deutsche Arbeitgebererschaft steht in einem schweren Ringen: dem Ringen um die Wiederaufrichtung der Betriebe und der Wirtschaft, dem Ringen um die Befreiung der Wirtschaft von den hemmenden Eingriffen der Bürokratie, schließlich dem Ringen um das Verständnis der Öffentlichkeit für diese Ziele.“

Damit stellt die Spitzenorganisation der Unternehmerverbände fest, daß ihre Bäume nicht in den Himmel wachsen, daß die Arbeitnehmer, geföhrt auf ihre Gewerkschaften, nicht gewillt sind, sich dem Diktat der Scharfmacher zu beugen.

In dem Aufruf wird dann weiter erklärt, daß die Unternehmer im November 1918 „unter dem Druck der Verhältnisse gegen ihre innere Überzeugung“ so taten, als begriffen sie ihre Zeit und die Notwendigkeit einer modernen Entwicklung der Industrie. Es wird dann erklärt, daß der „Sprung zum schematischen Achtstundentag“ einen Ausfall der Arbeitsleistung von insgesamt etwa 20 Millionen Arbeitsstunden gebracht hätte.

Diese Behauptung ist typisch für die Rückständigkeit der Unternehmerorganisationen. Für sie ist Arbeitsleistung und Arbeitszeit ein und dasselbe. Wir haben schon eine Reihe von Tatsachen veröffentlicht, die nachweisen, daß der Achtstundentag eine Steigerung der Arbeitsleistung gebracht hat.

In dem Aufruf wird dann weiter gesagt, daß sich überall erfreuliche Ansätze zur Verständigung in der Arbeitszeit gezeigt hätten, die jedoch durch die Arbeitszeiterordnung vernichtet worden wären. Der Aufruf wendet sich weiter gegen den Kommentar des Genossen Veipari zur Arbeitszeiterordnung, der ganz richtig als ein Kampfruf gegen die Arbeitszeiterhöhung bezeichnet wird. Wenn die Gewerkschaften und ihre verantwortlichen Führer die Arbeiterschaft aufrufen zum Kampf gegen die Verlängerung der Arbeitszeit, dann erfüllen sie damit nicht nur ihre Pflicht, sie handeln zugleich im wohlverstandenen Interesse der deutschen Wirtschaft.

Der Aufruf gesteht dann ein, daß sich die Unternehmer seit fünf Jahren „gegen das Tarif- und Lohnpolitik der Schlichtungsausschüsse und staatlichen Behörden zur Wehr setzen. Selbst Sowjetrußland bedurfte eines drakonischen Strafgesetzes gegen Streiks“. Sowjetrußland als Ideal der Scharfmacher!

Den Unternehmern wird offenbar bange vor den Folgen ihrer reaktionären Politik. In dem Aufruf wird erklärt, daß es den Unternehmern jezt darauf ankomme, „den Boden für eine neue Arbeitsgemeinschaft zu gewinnen“. Wenn es schließlich in dem Aufruf heißt, daß die Vereinfachung der deutschen Arbeitszeiterordnungen keine Scharfmacherpolitik treibe, den Standpunkt des faire play gegenüber der Arbeiterschaft vertrete (siehe der Ueberfall auf die Arbeiterschaft im Ruhrgebiet), daß man die Arbeiter nicht in ihrem Rechtgefühl verletze, den Tarifvertrag hochhalten und nicht den „schematischen Achtstundentag“ wolle, so sind das Redensarten, die mit der tatsächlichen Politik der DWA in direktem Widerspruch stehen.

„Andererseits die deutsche Wirtschaft dies will“, heißt es dann, „hilft sie die Schuld vom November 1918 sühnen.“ Wir haben nie etwas anderes behauptet. Die Scharfmacher, geführt von der DWA, wollen heute noch die „Schuld“ vom November 1918. Die pathetischen Verallsäuerungen, bei denen ungewollt immer wieder die mühsam verborgenen Gedanken hervorleuchten, können sich die Unternehmer sparen. Die Arbeiterschaft verzichtet auf diese Erklärungen und läßt sich von ihnen nicht blenden. Die Taten allein zählen. Das gilt auch von den Erklärungen des Reichsarbeitsministers.

## Endergebnis der Saarwahlen.

Saarbrücken, 29. Januar. (W.F.B.) Die am Sonntag stattgefundenen Wahlen für den Landesrat im Saargebiet haben folgendes Endergebnis gezeigt:

Zentrum 101 810 (92 252) Stimmen, Sozialdemokraten 45 787 (39 210), U.S.P.D. 2300 Stimmen, Saarländische Volkspartei (Liberalen und Demokraten) 33 075 (D. Pp. 24 829, Demokraten 7599) Stimmen, Kommunistische Partei 39 858 (14 532) Stimmen, Haus- und Grundbesitzerpartei 8508 (10 063) Stimmen, Deutschnationale Volkspartei 3731 Stimmen, Saarländische Wirtschaftsvereinsigung (Sozialrepublikaner) 6223 Stimmen.

An der Wahl haben sich von 377 300 Wahlberechtigten 255 493 Wähler, mithin 68,25 Proz., beteiligt.

Die diesmalige erheblich stärkere Wahlbeteiligung hat zur Folge gehabt, daß auch das Zentrum und die Liberale Volkspartei einen kleinen Zuwachs zu verzeichnen haben. Bei weitem stärker ist aber der Zuwachs der Sozialdemokraten, der rund 15 000 Stimmen beträgt, sowie der Kommunisten, die sogar 25 000 Stimmen gewonnen haben. Väterlich gering ist die Zahl der französischfreundlichen Stimmen, wobei zu berücksichtigen ist, daß die zahlreich aus Frankreich eingewanderten Bergwerks- und sonstige Beamte das Stimmrecht besitzen und zugunsten dieser Gruppe ausgeübt haben dürften.

Am kläglichsten ist das Abschneiden der Deutschnationalen. Es zeigt, daß dort, wo das Deutschtum am schwersten bedrückt und gefährdet ist, die Wählermassen ihr Schicksal am allerwenigsten den phrasendreschenden deutschnationalen Maulhelden anvertrauen.

## Der britische Eisenbahnerstreik beendet.

London, 29. Januar. (Eigenes Drahtbericht.) Amlich wird gemeldet: Um 5 Uhr morgens wurde mitgeteilt, daß der Lokomotivführerstreik nach achtstägiger Dauer beigelegt sei. Die streikenden Parteien wurden gestern spät abends an den Verhandlungstisch gebracht, nachdem die größten Schwierigkeiten bereits in Vorverhandlungen überwunden worden waren. Die Grundlage der Besprechungen bildeten die Vorschläge eines vom Generalrat der Gewerkschaften eingesetzten Sonderausschusses. Dieser Sonderausschuh tagte gemeinsam mit den Parteien von 9 Uhr abends bis 5 Uhr morgens und teilte schließlich mit, daß eine Regelung erreicht und die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen worden sei. Das Streikkomitee unternahm sofort die nötigen Schritte, um seinen 450 Zweigstellen das Ergebnis der Verhandlungen mitzuteilen.

Bereits um die Mittagsstunde machte sich dieses Ergebnis in einer starken Wiederaufnahme des Zugverkehrs bemerkbar. Man nimmt an, daß der Eisenbahnverkehr heute abend bereits wieder normal sein wird.

## Deutschnationale Sorgen.

Nicht Helfferich, sondern Rentenmark.

Der bevorstehende Wahlkampf läßt die deutschnationale Presse nicht ruhen, unter fortgesetzten Vorpiegelungen falscher Tatsachen Helfferich als Vater der Rentenmark hinzustellen. An sich widerspricht diese Behauptung der Taktik der Deutschnationalen, die als Partei gar kein Interesse an der Konsolidierung der wirtschaftlichen Verhältnisse haben, sondern im Gegenteil bis heute bemüht waren, das wirtschaftliche Elend zu steigern und aus ihm agitatorischen Gewinn zu ziehen. Leider ist diese Einsicht im deutschen Volke auf Grund der früheren unpolitischen Erziehungsart nicht allgemein vorhanden, so daß es angebracht erscheint, die falsche Vaterlichkeit Helfferichs nochmals zum Anlaß einer Erörterung zu nehmen und die bisher von uns gemachten Feststellungen zu ergänzen.

Zunächst muß in Ergänzung unserer bisherigen Feststellungen kurz erwähnt werden, daß Helfferich die Einlösbarkeit der Roggenmark nicht in stabilen, in Gold festverzinsten Rentenbriefen vorschlag, sondern in Roggenrentenbriefen, in einem Papier, dessen Kurs alle Schwankungen der Roggenpreise mitgemacht, also höchst instabilen Charakter gehabt hätte und überdies nicht in Gold, sondern in schwankender Roggenmark verzinst werden sollte. Die Sicherheit der Roggenmark wäre deshalb viel geringer gewesen als die der Rentenmark. Die Aenderung ist im Gegensatz zu dem Vorschlag Helfferich erfolgt.

Wiel wichtiger aber ist die Stellung, die Helfferich zum eigentlichen Kernproblem jeder Währungsanierung eingenommen hat, nämlich zur Herstellung des Gleichgewichts im Budget, der unumgänglichen Voraussetzung jeder Währungsstabilisierung. Helfferich knüpfte an die Ausführung seines Projektes die Bedingung, daß die damals im August 1923 gerade vom Reichstag beschlossenen Besitzsteuern, die Betriebssteuer und vor allem die Landabgabe, die einzigen sicheren, auf Gold gestellten direkten Steuern, als Gegengabe abgeschafft werden! In der Zeit der schlimmsten Finanznot wollte also Helfferich Steuern — natürlich nur Besitzsteuern — beseitigen. So wollte er, verbündet durch das engstirnige parteipolitische Interesse, die Balancierung des Etats einleiten! Helfferich hat sich für diese Bedingung mit Neuerifer eingesetzt, auch nachdem Hilferding die katastrophale Lage der Reichsfinanzen öffentlich dargelegt hatte. Er hat den sozialdemokratischen Minister noch nach dessen Demission im Reichstag deswegen angegriffen.

Freilich, Helfferich hatte an der Beseitigung der Landabgabe ein starkes Interesse als Parteiführer. Er hatte seiner Partei die Zustimmung zu den Besitzsteuern nur abgerungen, weil er darin die einzige Rettung für „sein“ Ministerium Cuno sah. Jezt war der Sturz Cunos doch eingetreten. Seine Partei war wegen des „unmöglichen Opfers“ müde. Die Patrioten, die nur aus parteipolitischen Motiven schließlich den Steuern zugestimmt hatten, waren erbittert, daß jezt das Ministerium der großen Koalition Ruhezieher von Steuern werden sollte, die bei ihren Anhängern verhaßt waren. Wie schön wäre diese Steuerfrage demagogisch auszunutzen gewesen, wenn man nicht selbst zugestimmt hätte. Diese Beseitigung hatte ihnen Helfferich eingebracht, und daher der Eifer des Mannes, diese Steuern wieder zu beseitigen.

Damit sind aber die politischen Hintergründe des Helfferichschen Projektes noch nicht vollständig beleuchtet. Helfferich schlug vor, seine Roggenmark, die Roggenpandemwährung, zum einzigen gesetzlichen Zahlungsmittel zu machen. Seine Roggenmarkbank sollte zugleich die Funktionen der Reichsbank als oberste Kreditquelle übernehmen. Da die Helfferich-Bank wesentlich von den Vertretern des Landbundes und des Reichsverbandes der Industrie geleitet werden sollte, wäre sowohl die Kreditgewährung als auch die Währungshoheit des Reiches völlig in die Hände der Deutschnationalen und der ihnen nahestehenden Wirtschaftskreise übergegangen. Die Deutschnationalen hätten die wichtigste und einflussreichste wirtschaftliche Machtposition dem Reich entziffen.

Man versteht die Mut darüber, daß der sozialdemokratische Finanzminister die Belugnisse der Rentenbank ausschließlich scharf umriß und die Kreditgewährung an die Wirtschaft ausschließlich der Reichsbank vorbehielt, natürlich einer Reichsbank ohne Haventlein. Helfferich freilich brauchte den Vorwand, daß die „Wirtschaftskräfte“ durch ihre hypothetische Garantie die neue Währung sichern müßten, und man deshalb ihnen, d. h. den Landarbeitern und Schwerindustriellen, die Verfügung über das Geld- und Kreditwesen überlassen müsse. Er vergaß nur hinzuzufügen, daß diese sogenannte Belastung rein fiktiv ist. Denn die Rentenbank erlegt so reiche Zinsgewinne, daß sie die Zinsen aus den Hypotheken, wenn überhaupt, so höchstens nur das erste Mal einziehen wird. Und für diese Fiktion hat Helfferich und seine Partei die sofortige Beseitigung der Besitzgaben und die Uebertragung der Währungshoheit auf ihre Wirtschaftskreise gefordert.

Wenn aber alle Stricke reifen, kommen die Deutschnationalen mit dem Vorwurf, das Ministerium Stresemann und insbesondere Hilferding hätten die Reform verzögert. Das ist eine bewusste Unwahrheit. Denn Helfferich muß wissen, daß die Stabilität längst in die Brüche gegangen und großes Unheil angerichtet worden wäre, wenn die Reform früher gekommen wäre. Unbedingte Voraussetzung war, daß gleichzeitig mit der Währungsreform die Notenfabrikation eingestellt wurde. Das war unmöglich, solange der passive Widerstand noch finanziert werden mußte. Gerade im



Kriegen auf und sind bereit, mit ihnen auf Tod und Leben gemeinsam gegen jeden Feind der deutschen Nation zu kämpfen. (Stürmischer Beifall.)

Sanitätsrat Dr. Peyser lehnte für die nationaldeutschen Juden ab, die Hilfe einer internationalen Jüdischen Liga anzunehmen, dazu seien sie als Deutsche zu stolz. Den Zionismus, so betonte Dr. Peyser, der unsere Kinder zu Reichdeutschen machen will, bekämpfen wir bis auf den letzten Blutstropfen.

Nachdem Reichstagsabgeordneter Morath (DfP) Dr. Kaumann zu seiner Rede beglückwünschte, sprach Reichstagsabgeordneter Genosse Dr. Oskar Cohn. Gegenüber den Ausführungen Anfers fragte er, ob die Erhaltung eines solchen Deutschstums, das sich zur Reaktion besehe und zum Repandierkrieg rufe, einen neuen Weltkrieg wert sei. Kaumann hatte Dr. Cohn diese Worte ausgesprochen, da antwortete ihm ein viestimmiges „Ja“, worauf das Deutschlandlied angestimmt wurde. (Stürmische Zurufe wie „Landesverteidiger“, „gehobler Rostamer“ usw. erklangen. Dr. Cohn konnte nicht weiterreden. Es entstand ein lang andauernder Tumult, der eine geordnete Fortführung der Versammlung unmöglich machte. Die herbeigerufenen Schutzpolizei räumte schließlich den Saal.

## Lindström — der Skandinavier.

Ludendorff wird den Marsch auf Berlin wiederholen.

Ludendorff hat vor einiger Zeit dem Vertreter der norwegischen „Waffenposten“ ein Interview gegeben, worin er sich nach einmal über die Ereignisse des 8. November verbreitet und nach, Posen und Seiger des Wortbruchs geht. In der Konferenz am Nachmittag des 8. November wären danach sich Ludendorff und die genannten drei „vollständig“ einig über die Ziele gewesen. „Alle gelobten feierlich, keinen Schritt vorzunehmen, ohne vorher die anderen zu unterrichten“. Ludendorff allein habe das Versprechen loyal gehalten, vom Hilters Vorhaben habe er erst erfahren, als er in den Bürgerbräukeller geholt wurde, die drei anderen gaben ihr Versprechen zur Mitwirkung ohne Zwang und Drohung ab.

Ludendorff schildert dann den Demonstrationenzug am 9., der „von einem mörderischen Gewehrfeuer überfallen“ wurde. Auf Commando warf sich der Zug zur Erde. Ich schickte mich aufrecht mit den Händen in den Taschen durch die Feuerlinie und wurde auf dem Odeonsplatz verhaftet. Der angebliche Wortbruch nach, Posen und Seiger sei unter dem Druck des Cardinals Faulhaber und des Kronprinzen Rupprecht zustande gekommen. Auf die Frage des Interviewers, ob Ludendorff die Sache für verloren ansehe, erwiderte dieser:

„Nein, im Gegenteil! Ich erhalte täglich Beweise dafür, daß die öffentliche Bewegung ungeheurer viel Anhänger in allen Kreisen, gerade infolge der Ereignisse des 8. November gewonnen hat. Auch von Seiten der Arbeiter wird der Zustand immer größer; ich weiß sehr wohl, daß ich persönlich in Arbeiterkreisen nicht gern gelitten war, aber das ist jetzt anders geworden. Diese Leute verstehen treuen Mannesmut zu schätzen. Wir geben den Kampf für Recht und Gerechtigkeit, für Freiheit und Fortschritt des Volkes nicht auf.“

Meine Freunde glauben, mit einem Diebstahl dadurch zu tun, daß sie die Sache so darstellen, als hätte ich mich von Hitler überreden lassen. Ich bedanke mich für derartige Freundschaften. Ich habe mich nicht überreden lassen, ich habe aus meiner innersten Überzeugung gehandelt und in dem sicheren Glauben um Ruhm meines Volkes und meines Vaterlandes zu handeln.

Gerne versucht man „den großen Feldherrn“ zu entschuldigen und mein Schuldkonto in der Hitler-Sache meinen Verdiensten im Weltkriege auszugleichen. Ich verbitte mir energisch einen derartigen Mißbrauch meiner Person und meiner Verdienste als Feldherr. Am 8. und 9. November trat ich als Franzose und Deutscher auf, nicht als „der große verdammte Feldherr“.

Der Kern des Volkes ist noch gut, aber die obersten Feinhäute sind zerstört, und zwar ist die Moral defekt, nicht die Nerven. Sie können Ihren Banditen lauten, daß wir dennoch Männer und Jünglinge haben, die wert sind, Leben und Blut für das Vaterland herzugeben und die an ihrer Heberzeugung festhalten trotz Mißerfolg und Niederlage. Wir sind diesmal nicht vorwärts gekommen, aber wir kommen früher oder später wieder. Eine Bewegung, die so tiefe Wurzeln in den Besten des Volkes hat, läßt sich auf die Dauer nicht durch Bajonette und Maschinenengewehre niederhalten.

Die Unternehmung schließt mit einem plumpen Anbiederungsversuch an die skandinavischen Völker, denen „bald klar werden muß, daß wir für die Bewahrung der ganzen skandinavischen Rasse kämpfen“. Die Skandinavier werden diese Schmeichelei wohl ebenso richtig einschätzen wissen, wie die Arbeiterschaft, die den Ludendorffschen Mannesmut schätzen gelernt hat. Interessant und sicherlich für das bayerische Volksgemüt sehr wertvoll ist das Eingeständnis, daß Ludendorff früher oder später seinen hochverräterischen Plan wiederholen will.

Werdungs wird er dieses Interview vielleicht ebenso abstreifen wollen, wie das vor Jahresfrist dem dänischen Journalisten Sonntag für „Berlingske Tidende“ gegeben. Um die Begegnung mit dem Dänen unter seinem Eide leugnen zu können, mußten allerdings zwei Kronzeugen gegen Ludendorff, nämlich der Redakteur Kunkel von den „Mündener Neuesten Nachrichten“ und Ludendorffs Haushälterin Alma Gottschalk unschuldig gemacht werden. Gester wurde bekanntlich kritisch verabschiedet; letztere von Ludendorff bedrängt, er werde sie für unzurechnungsfähig erklären lassen, wenn sie den Besuch Sonnings vor Gericht endlich bestätigen würde. Ein dänisches Gericht, das den Fall Sonntag verhandelt, hat jedoch Ludendorffs Eid nicht für so voll nehmen können, daß es Herrn Sonntag die Glaubwürdigkeit absprach. Der Chefredakteur von „Posten“, der das auf Grund der Ludendorffschen Ableugnung verurteilte, wurde im Dezember deswegen verurteilt.

## Freigabe der Dänenblätter.

Amlich wird gemeldet: Das im November v. J. erlassene Verbot der „Neuen Flensburger Zeitung“ (Flensburg), der „Neuen Schleswiger Zeitung“ (Schleswig) und des „Säftewiger (Niedbüll)“ ist aufgehoben worden, so daß die Blätter fast gestern wieder erscheinen.

Verboten wurden die Blätter wegen angeblicher Agitationsbestrebungen. Als die Redaktionen eine diesbezügliche Lokalitätsklärung abgegeben hatten, hätte lokalweise auch das Verbot aufgehoben werden müssen. Stattdessen fand man einen neuen Vorwand: die betreffenden Redaktionen hätten öffentlich gegen das Verbot gesprochen, was zu unterlassen sie sich niemals verpflichtet hätten.

Der Kopenhagener Gesandte v. Rutius wird, weil er in persönlichem Verkehr beim Außenminister die Aufhebung vertritt, desorb von der „Kreuzzeitung“ zu einem „roten Diplomaten“ ernannt. Er darf sich trösten. Das Verbot ist nämlich aufgehoben worden, nachdem der rote Außenminister Stresemann den roten Chef der Heeresleitung und Inhaber der polizeirechtlichen Gewalt, Herrn v. Seeck, von der Notwendigkeit überzeugt hat.

# Die Beraubung der Auslandsbriefe.

## Neue Feststellungen.

In den letzten Jahren häuften sich auffallend die Beschwerden, daß gewöhnliche und eingeschriebene Briefe aus dem hochpolitischen Zustande, besonders aus den Vereinigten Staaten von Amerika, nach Deutschland ihres Wertes (meist Papiergeld und Schecks) beraubt würden oder den Empfänger überhaupt nicht erreichten. Diese Beraubung und Entwendung von Auslandsbriefen bildet ein trauriges Kapitel aus der Zeit der deutschen Währungszerstückelung und der deutschen Not. Daß sich leider pflichtvergessene deutsche Postbedienstete auf diesem Gebiete in zahlreichen Fällen schuldig gemacht haben, ist durch Gerichtsurteile erwiesen. Die Reichspostverwaltung hat es an Bemühungen zur Bekämpfung der traurigen Weiterverbreitung durch scharfe Ueberwachung und besondere Betriebsmaßnahmen nicht fehlen lassen, und das Postpersonal ist ebenfalls nach Kräften bemüht gewesen, ungetreue Elemente in den eigenen Reihen zu entlarven und dem Richter zuzuführen. Diesen vereinigten Bemühungen ist es zu danken, wenn es mehr und mehr gelungen ist, der Gefährdung des guten Rufes der deutschen Post wirksam entgegenzutreten.

## Nicht in Deutschland bestohlen.

Ohne nun die Tatsachen beschönigen zu wollen, erfordert es die Gerechtigkeit zu sagen, daß sich seit längerer Zeit untrügliche Beweise dafür ergeben, daß sich die Beraubung und Entwendung von Auslandsbriefen vielfach gar nicht auf deutschem Boden ereignet haben. Zeugnisse dafür sind der Reichspostverwaltung aus den Kreisen der Absender und Empfänger von Auslandsbriefen wiederholt zur Verfügung gestellt worden. So heißt es, um nur ein Beispiel anzuführen, in einem Bericht eines Postkmiten in Nürnberg vom Juni 1923, daß dem Postamt ein beschädigter Brief aus Amerika zugegangen sei, der dem Empfänger, wie es die Bestimmungen vorschreiben, auf dem Postamt übergeben werden sollte. „Der Brief“, so berichtet das Postamt, „war offensichtlich widerrechtlich geöffnet gewesen, hatte aber kein Geld enthalten, dafür aber einen für die deutsche Postverwaltung sehr wertvollen Barmark, der also lautete: Ich hatte vor ein paar Monaten 15 Dollar im Brief an Euch und Kaihi geschickt und ein Briefmörder hat den Brief aufgedröhrt und das Geld gestohlen, nicht nur meins, sondern im ganzen 1800 Dollar. Als ich ihn fragte wegen meiner Quittung, sagte er jedesmal, er habe sie veressen. Als dann die Klagen einliefen, daß die Adressaten die Briefe nicht bekommen hätten, war er verschunden. Die Leute, die Quittungen vorgezeigt konnten, hat kein Vater entschädigt; aber die meisten hatten keine. Wenn ein amerikanischer Brief nach

## Mit Chloroform betäubt.

### Bis aufs Hemde ausgezogen.

Hilflos und nur notdürftig bekleidet wurde heute früh im Flur des Hauses Kamminer Str. 31 die 30 Jahre alte Schneiderin Ma D. aus der Eisenacher Str. 116, aufgefunden. Sie ging gestern abend mit einer Freundin aus. An der Charlottenburger Brücke wurden die beiden von zwei Herren angesprochen, die sie einladen, mit ihnen eine Diste zu beenden. Die Schneiderin nahm die Einladung an, während ihre Freundin nach Hause ging. Sie bestieg mit den Herren eine Droschke. Einer der Männer nannte sich Staffmeister v. Beermann, er ist etwa 35 bis 40 Jahre alt, 1,80 Meter groß und breitschultrig. Er trug einen braunen Wandfesteranzug und eine Automobilschirmmütze. Sein Begleiter ist etwa 30 bis 35 Jahre alt, trägt einen dunkelblauen Paletot und einen weichen Hut. Er ist mittelgroß. Die Droschke war mit einem Schimmel bespannt, und eine Scherbe des Gefährts war durch ein Gitter in vier Teile geteilt. Der jüngere der beiden Begleiter hat ihr dann ein Tuch, wahrscheinlich mit Chloroform, vor das Gesicht gepreßt, worauf sie das Bewußtsein verloren hat und erst in dem Hausflur wieder zu sich gekommen ist. Die beiden Täter haben ihr die gesamte Ober- und Unterkleidung sowie Hut und Stiefel und die Handtasche mit 1,80 Goldmark geraubt. Zweckmäßige Angaben über diese Angelegenheit nimmt Kriminalkommissar Rauck vom Polizeiamt Charlottenburg entgegen. Wie wir erfahren, hat sich kürzlich bereits ein ähnlicher Fall ereignet.

## Arbeiterbildungsschule Groß-Berlin.

Am Rufe der nächsten und der darauffolgenden Woche beginnen die Vorbereitungsstufen für Funktionäre und rednerisch befähigte Genossen und Genossinnen. So finden gemeinschaftliche Übungen in mündlicher und schriftlicher Form statt. Wichtige Gebiete der Wirtschaft und Politik werden wissenschaftlich bearbeitet. Die Übungen finden in folgenden Lokalen statt: 1. Am Mittwoch, den 30. Januar, abends 7 Uhr, im Speisesaal der Hildebrandtschule, Grünhaldenstr. 5, für die Mitglieder des 3. Kreises und der benachbarten Bezirke Prenzlauer Berg, Reinickendorf usw. 2. Am Freitag, den 1. Februar, abends 7 Uhr, im Gefängnis der Sophienschule, Weinmühlstr. 16/17, für den 1. Kreis und die benachbarten Bezirke. 3. Am Montag, den 4. Februar, abends 7 Uhr, im Lokal von Obil Nachf., Inhaber Will, Schöneberg, Martin-Luther-Str. 68, gegenüber Neues Rathaus, für Schöneberg, Wilmersdorf und benachbarte Bezirke. 4. Am Freitag, den 8. Februar, abends 7 Uhr, im Zentralljugendheim, Lindenstr. 3, für den 6. Kreis und die angrenzenden Bezirke. Als Lehrer sind gewonnen die Genossen Breuer, Ruttner, Dr. Bohmann, Heinrich Schulz und Albert Harlich. Die Hörgeldbühr beträgt pro Teilnehmer und Abend ein Pfund, Lokalzuschlag 15 Goldpfennige. Die Kurse umfassen insgesamt sechs Abende. Der Betrag für alle sechs Abende zusammen in Höhe von 90 — neunzig — Goldpfennigen ist am ersten Abend zu entrichten. Hörerkarten für alle Veranstaltungsorte sind zu haben im Bezirksbildungsamt, bei allen Abteilungsleitern und den Mitgliedern der Kreisbildungsämter und vor Beginn jedes Kurses am Einzug zum Vorleseklub. — Am Freitag, den 8. Februar, abends 7 Uhr, in der Kraben-Mittelschule Neukölln, Donaustr. 120/122 für den Kreis Neukölln und die angrenzenden Bezirke.

## Das Arbeiter/erziehungs Stutenhaus.

Vor einiger Zeit wurde in unserer illustrierten Beilage „Walt und Zeit“ eine Abbildung des Arbeiter/erziehungs Stutenhaus im Thüringer Wald veröffentlicht. Von der Leitung des Vereins werden wir nun ersucht, auf die Vorteile hinzuweisen, die das Heim auch den Wintermonaten bietet. In einer der schönsten Stellen des Thüringer Waldes, 750 Meter hoch, liegt das Stutenhaus. Richtig, frisch und still abkühlende Wiesenflächen breiten sich vor dem Heim aus und bieten ein ausgezeichnetes Stutenland. In die nähere und weitere Umgebung lassen sich herrliche Langläufe unternehmen. Die Schmäde, Gehberg, Oberhof, der Schneepfopf lassen sich bequem erreichen. Seit Ende November liegt hoher Schnee, der bis in die Osterzeit liegen bleibt. Zurzeit beträgt die Schneehöhe 4 Meter bei einer Durchschnittstemperatur von 5 bis 7 Grad Kälte. Die Wohn- und Verpflegungspreise sind sehr gering. Das Heim, das von der Herkulesgenossenschaft Naturfreunde Jena unterhalten wird, ist für Jedermann geöffnet. Anschrift: Ferienheim Stutenhaus, Post Schmiedefeld (Thür. Wald).

## Untermieter in Not.

Zu der Notiz „Untermieter in Not“ in Nr. 39 des „Vorwärts“ vom 24. Januar teil uns das städtische Zentralamt für Wohnungswesen folgendes mit: Bereits durch Beschlüsse vom 8. November v. J. wurde erneut darauf hingewiesen, daß nach wie vor jeder Abschluß eines neuen Mietvertrages, und zwar auch über möblierte Zimmer und Wohnungen — vom Vermieter binnen

Deutschland geht, vermuten die Briefträger Geld darin, und wir müssen es dem Briefträger anvertrauen, weil in unserem Drie keine Post ist.“

## Diebe auf Ueberseedampfern.

Kürzlich hat sich nun ein Fall von Massenberaubung der Briefpost auf dem Dampfer „Mongolia“ der American Line durch Schiffspersonal zugetragen. Ein Bismarck Fischer hatte an einer Sandbank der Nordsee ein Briefbündel aufgefischt, das von dem Dampfer „Mongolia“ herrührte, der am 5. November von New York in Hamburg eintraf. Die Schiffsleitung des Dampfers hatte inzwischen den ersten Zimmermann Edward Semit, der aus Libau gebürtig ist und seit drei Jahren die amerikanische Staatsangehörigkeit besitzt, der Beraubung der Post überführt und neben zwei weiteren Schiffsbediensteten, die im Verdachte der Mithäuferschaft standen und aus Riga und Libau stammen, dingfest gemacht. Die polizeiliche Untersuchung nach Ankunft des Dampfers ergab, daß Semit sich einen Schlüssel zu dem Postkabinerraum hergestellt hatte. Die Postkiste hatte er des Nachts in eine leere Passagierkabine getragen, wo er sie während der Mittagszeit öffnete, die Briefe erbroch und den Geldinhalt an sich nahm; die aufgerissenen Briefe und Poststücke warf er über Bord. Von der Briefpostladung, die 193 Sack betrafen sollte, waren nur noch 186 Sack vorhanden. Die fehlenden Briefstücke waren für Hamburg, Bremen, Berlin, Köln und für die Bahnposten Genua-Hannover und Herbedes-Al-Rhein bestimmt gewesen. Bis jetzt fehlt das Fehlen von mehr als 2000 eingeschriebenen Briefen, neben einer großen Menge gewöhnlicher Briefsendungen, fest. Die Sendungen rühren wahrscheinlich in der Hauptsache aus dem Monat Oktober her und sind, aus Amerika kommend, nach Deutschland gerichtet gewesen. Deutsche Zeitungen in Amerika, so der „New Yorker Herald“ und die „Philadelphia Gayette-Democrat“, haben mit großen Uebereinstimmungen (Briefe nach Deutschland auf Schiff erstohlen, „Seeteufel's Posträuber verhaftet“ usw.) über den Fall berichtet. Eine andere Untersuchung schmeißt ferner über große Beraubungen, die im April 1923 auf dem amerikanischen Dampfer „Winnetahba“ vorgekommen sind.

Die besonders in Amerika weitverbreitete Ansicht, daß die Entwendung und Beraubung von Auslandsbriefen nur in Deutschland vorkommen könne und deutschen Postbediensteten zur Last falle, ist jetzt also vor aller Welt widerlegt. Das ist gegenüber den vielen Angriffen auf die Reichspost und das deutsche Postpersonal zur Steuer der Wahrheit festzustellen.

Originalvertrages anzuzweifeln ist (§ 3 der Bekanntmachung des Magistrats zum Schutz der Mieter vom 12. Mai 1921). Die Vertragschließenden schätzen sich am besten gegen Nachschneide, wenn sie endlich diese schon seit Jahren geltende Bestimmung beachten.“

## „Gräfin Epohn“.

### Die Ueberraschung auf dem Anhalter Bahnhof.

Eine Hochstaplerin wurde nach einem Abstecher in die Schwärze bei der Rückkehr zu ihrer größten Ueberraschung auf dem Anhalter Bahnhof festgenommen. In vielen Pensionen mietete sich eine junge Dame ein, die sich „Gräfin Epohn“, „Freiin von Ustar“, Frau Oberleutnant Spener, Frau Dr. Schröder usw. nannte, je nach dem Hause, in dem sie obliet.

Sie erzählte Schauermärchen von dem Schicksal ihrer Angehörigen und ihrer eigenen Flucht aus dem Ruhrgebiet und fand so überall Mitleid und Kredit. Wenn die Rechnung hoch genug anfallen konnte, suchte sie die Gelegenheiten, sich von einem anderen Gast ein wertvolles Kleid oder einen Pelz zu bergen, und verschwand dann auf Zimmerwiedersehen. Ende vorigen Jahres stellte die Kriminalpolizei fest, daß man es mit einer 25 Jahre alten Frau Charlotte Schröder zu tun hatte, die auch früher schon Schwindelverübe. So hatte sie sich einmal einem höheren Beamten unter allerlei Vorpiegelungen genähert. Dieser nahm sich ihrer an, und so lebte sie auf dessen Kosten als Baronesse eine geraume Zeit in Fürstberg in Mecklenburg, obwohl sie dort Verwandte hatte. Hier standen ihr Diener, Pferde und Wagen zur Verfügung. Nach ihren vielen Schwindelzügen in den Berliner Pensionen verfiel sie, wie die Ermittlungen nach Feststellungen ihrer Persönlichkeiten ergaben, nach Bafst. Als sie glaubte, daß man sie in Deutschland verhaften haben werde, kehrte sie zurück. Die erste Station machte sie in Boden-Boden, dann nach und nach in Bodenweiler, Weihenfeld, Erfurt, Köln und anderen Städten Mitteldeutschlands. An einer Stelle lernte sie einen Soldaten Marion kennen, betrug ihn und führte dann auch nach seinem Namen. Wo er sich endlich weigerte, ihre große Hotelrechnung zu bezahlen, verschwand sie heimlich mit ihrem gewogenen Gepäck. Als sie wieder in Berlin eintraf, wurde sie auf dem Anhalter Bahnhof von einem Kriminalbeamten erkannt, nach dem Polizeipräsidium und von dort nach Moabit gebracht. Weitere Mitteilungen über ihr Treiben, besonders auch in der Provinz und im Reich, nimmt Kriminalkommissar Brebeck im Polizeipräsidium entgegen.

## Das Falschgeldunwesen.

Seit dem ersten Januar sind in Berlin allein nicht weniger als 170 Personen wegen Herstellung und Verausgabe falscher Geldscheine festgenommen worden. Ein großer Teil mußte von der Kriminalpolizei wieder entlassen werden, weil man diesen Leuten nicht nachweisen konnte, daß sie die Scheine absichtlich ausgegeben hätten, obwohl sie wußten, daß sie falsch waren. Ein Teil der Freigelassenen wurde alsbald zum zweitenmal ergriffen. Von den 170 Mann wurden 73 sofort dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Einige von ihnen sind bereits abgeurteilt. Zu den Verhafteten gehört auch ein Händler Kurt Binder, der früher schon als Eindrehler in einer berühmten Kolonne mit seinen beiden Brüdern eine große Rolle spielte. Kurt Binder soll sich nach der Sprengung dieser Bande um, und war im Jahre 1919 schon einmal in eine Falschgeldsache verwickelt, wurde aber nach Schmutzverurteilung freigesprochen, während die Mitverhafteten zu schweren Strafen verurteilt wurden. Jetzt hatte er in der Wohnung seiner Geliebten Marie Hildebrand in der Poststraße eine Falschschneiderei eingerichtet. Kriminalbeamte des Polizeiamtes Weidling konnten ihm hier auf die Spur, nahmen ihn und seine Geliebte fest und beschlagnahmten außer der Druckmaschine und einer Menge Papier nicht weniger als 600 Bogen Falschgeld für 420 Goldmark.

Wegen eines größeren Kellerbrandes wurde die 3. Kompanie der Feuerwehr nach der Lippener Straße 18 alarmiert. Dort brannten Kellerverlässe, in denen Kartons und Hausrat in falscher Ausdehnung lagerten und brannten, doch unvorstellbar mit mehreren Schlauchleitungen vorzueinander werden mußte. Die Dualmentwicklung erschwerte den Angriff ungemein. Trotzdem gelang es, die Flammen aus dem Keller zu beschränken. Die Entstehung wird auf Falschheit zurückgeführt. Ein weiterer Kellerbrand beschäftigte die Wehr in der Wallstraße 17, wo Kohlen in Brand geraten waren.

## Sport.

Das 11. Berliner Sechstagerrennen, das im Sportpalast vor sich gehen wird, beginnt heute abend 9 Uhr. Die im heutigen Morgenblatt mitgeteilte Nachricht, daß auch Lewanow am Rennen teilnimmt, beruht auf einem technischen Versehen. Heute wird vielmehr mit Lawrence fahren.

